

Satzung der Deutsch-Griechischen Gesellschaft „Griechen-Haus Leipzig“ e.V.

Artikel 1 Name und Sitz des Vereins

1. Der Verein führt den Namen: Deutsch-Griechische Gesellschaft „Griechen-Haus Leipzig“, nach erfolgter Eintragung in das Vereinsregister mit dem Zusatz „e.V.“.
2. Der Sitz des Vereins ist Leipzig.

Artikel 2 Zweck des Vereins

1. Der Verein ist religiös und politisch neutral.
2. Zweck des Vereins ist die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

Artikel 3 Mittel zur Verwirklichung dieses Zwecks

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch

- die Förderung und Intensivierung kultureller und persönlicher Kontakte zwischen Deutschen und Griechen,
- die Vermittlung und Vertiefung der Kenntnisse über Sprache, Kultur, Geschichte, Philosophie und Gesellschaft des jeweils anderen Volkes.

Artikel 4 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Artikel 5 Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden, die die Ziele und Zwecke des Vereins unterstützen wollen und die Satzung anerkennen. Minderjährige bedürfen zum Erwerb der Mitgliedschaft der Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter.
2. Der Antrag auf Aufnahme in den Verein ist schriftlich an den Vorstand zu richten, der über die Aufnahme entscheidet. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.
3. Die Mitgliedschaft erlischt
 - durch Austritt, der nur schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden kann,
 - durch Ausschluß, der erfolgen kann aus wichtigem Grund, bei vereinsschädigendem Verhalten oder wenn mehr als ein Mitgliedsbeitrag trotz zweifacher schriftlicher Mahnung nicht bezahlt worden ist. Der Ausschluß erfolgt durch Beschluß des Vorstandes mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit und wird mit der Beschlußfassung wirksam.
4. Beschwerden gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages oder gegen einen Ausschluß behandelt die Mitgliederversammlung.

Artikel 6 Organe des Vereins

1. Die Organe des Vereins sind
 - die Mitgliederversammlung und
 - der Vorstand.
2. Die Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig.

Artikel 7 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ des Vereins, sie
 - berät und faßt Beschlüsse über grundsätzliche Angelegenheiten des Vereins,
 - wählt den Vorstand und gibt ihm Tätigkeitsanweisungen,
 - nimmt die Jahresberichte entgegen und beschließt über die Entlastung des Vorstandes für das zurückliegende Rechnungsjahr.
2. Beschlüsse werden durch die Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt; für Änderungen der Satzung ist eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit, für die Änderung des Vereinszwecks die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen.
3. Ordentliche Mitgliederversammlungen finden einmal jährlich statt. Außerordentliche Mitglieder-

versammlungen können einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert, oder auf begründeten Antrag von mindestens $\frac{1}{4}$ der Mitglieder. Der Vorsitzende oder ein Stellvertreter (in Ausnahmefällen ein anderes Vorstandsmitglied) leitet die Versammlung.

4. Die Einladung ergeht mindestens vier Wochen vor dem Termin schriftlich unter Angabe der Tagesordnung durch den Vorstand. Bei außerordentlichen Versammlungen verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage.
5. Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden in einem Protokoll innerhalb von vier Wochen nach der Versammlung niedergelegt und von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet.

Artikel 8 Vorstand

1. Wählbar für den Vorstand sind Mitglieder des Vereins, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.
2. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung in offener Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit für die Dauer von drei Jahren gewählt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstands im Amt. Wiederwahl ist zulässig.
3. Er besteht mindestens aus
 - Vorsitzendem
 - Stellvertreter(n).
4. Der Vorstand leitet verantwortlich die Vereinsarbeit. Er kann Ausschüsse für die Bearbeitung besonderer Aufgaben einsetzen.
5. Je zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder ein Stellvertreter, vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

Artikel 9 Finanzen

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Mitglieder leisten Beiträge, über deren Höhe die Mitgliederversammlung entscheidet. Die Jahresbeiträge sind fällig innerhalb des ersten Quartals des jeweiligen Kalenderjahres.
3. Der Verein kann darüber hinaus Einkünfte aus Spenden und Zuschüssen aus privater oder öffentlicher Hand beziehen, gegebenenfalls aus Zweckbetrieben.
4. Der Verein ist berechtigt, Immobilien zu erwerben.

Artikel 10 Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins

1. Änderungen und Ergänzungen der Satzung, die von der zuständigen Registerbehörde oder vom Finanzamt vorgeschrieben werden, werden vom Vorstand umgesetzt und bedürfen keiner Beschlußfassung durch die Mitgliederversammlung. Sie sind den Mitgliedern spätestens mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung mitzuteilen.
2. Die Auflösung des Vereins erfolgt auf Beschluß der Mitgliederversammlung mit Mehrheit.
3. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Toleranz auf den Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Von der beabsichtigten Verfügung über das Vereinsvermögen ist das zuständige Finanzamt rechtzeitig zu informieren. Beanstandungen und Hinweise des Finanzamtes zu dem vorgesehenen Begünstigten sind zu berücksichtigen.

Vorstehender Satzungsinhalt wurde von der Gründungsversammlung am 15. Januar 2003 beschlossen.